

## Inhalt der Sitzung vom 13.04.2015

### TOP Ö2

#### **Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO**

Die Sparkasse Heidelberg überwies am 02.03.2015 eine Spende von 200,00 Euro für die Kinderdisco des Kulturforums. Herr Paul Steiger, 68723 Plankstadt spendete am 25.03.2015 150,00 Euro für die Notgemeinschaft.

Die am Weihnachtsmarkt 2014 beteiligten Vereine Chorgemeinschaft, Hausfrauen, Jugendzentrum, KKS und die Landfrauen erzielten einen Reinerlös für die Notgemeinschaft von 3.951,97 Euro. Aus dem Betrieb des Karussells wurden 379,40 Euro eingenommen, die zur Verminderung der Anmietungskosten für das Karussell verwendet werden. Das Karussell haben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte betrieben.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) fragte nach der Höhe der Miete für das Karussell. BGM Schmitt sagte zu, dies aufzulegen. Neidig fragte weiter nach dem Status des Kontos der Notgemeinschaft. BGM Schmitt informierte, dass dies dem Gemeinderat im Januar aufgelegt sei, sagte jedoch zu, dies nochmals aufzulegen. Neidig bedankte sich im Namen der CDU und gab die Zustimmung.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) regte an, dass bedürftige Menschen der Verwaltung viel mehr genannt werden sollten, um diesen durch die Notgemeinschaft Hilfe zukommen zu lassen. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) fragte nach dem Grund der Spende für das Kulturforum durch die Sparkasse. BGM Schmitt sagte, dass diese zur Entlastung des Gemeindehaushaltes diene, da noch weitere Veranstaltungen mit dem Budget für 2015 bestritten werden müssen. Schneider gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man die Öffnungszeiten von Hobbykünstlermarkt und Karussell synchronisieren sollte. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) fragte, ob die Verwaltung das Kulturforum unter seine Fittiche nehme. BGM Schmitt sagte, dass dies im Moment noch so ist, ganz klares Ziel aber darin besteht, einen Verein zu gründen, in dem sowohl private als auch öffentliche Kräfte wirken. Hohl gab die Zustimmung der ALP.

Einstimmig angenommen.

### TOP Ö3

#### **Neufassung der Richtlinien über die Förderung der Vereine durch die Gemeinde Plankstadt ab dem 1.1.2015**

Am 13.12.2010 wurde die Neufassung der Vereinsförderungsrichtlinien mit Wirkung zum 1.1.2011 beschlossen. Damals wurden sämtliche Vereinszuschüsse in einer Richtlinie zusammengefasst.

Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 4.3.2013 wurde diese Richtlinie dahingehend geändert, dass sich die Gemeinde an den Kosten des Backenbläserumzugs ab dem 1.1.2013 mit maximal 2.000 € an den Start- und Preisgeldern beteiligt.

Die Geldzuschüsse an die Vereine wurden zum 1.1.2015 erhöht. Die Zuschüsse an den Partnerschaftsverein (vgl. § 7 Absatz 1 der Vereinsförderungsrichtlinien) wurden bisher nicht angepasst. Die Änderungen der Vereinsförderungsrichtlinien betreffen nur § 7 Absatz 1 der Vereinsförderungsrichtlinien und sind mit dem Partnerschaftsverein (Beträge und Änderung der Auszahlungsmodalität) abgestimmt:

Für einen Besuch in Castelnau-le-Lez sollen ab 1.1.2015 50 € [bisher: 30 €] je Erwachsenen u. je 80 € [bisher: 50 €] je Jugendlichen unter 18 Jahren bzw. Schüler; für einen Besuch aus Castelnau-le-Lez je Gast 20 € (für Eintritte, Stadtführer o. ä.) [bisher: 10 €] gewährt werden; die Vereinsförderungspauschale 315 € p. a. [bisher: 250 €] soll ohne besonderen Antrag in der Regel zum 01.07. eines Jahres ausgezahlt werden. Der Partnerschaftsverein existiert seit fünf Jahren und hat inzwischen einen finanziellen Grundstock. Die Praxis hat gezeigt, dass ein ständiger Vorschuss nicht erforderlich ist.

BGM Schmitt informierte, dass der Partnerschaftsverein den erhaltenen Vorschuss bereits Ende 2014 zurückbezahlt habe.

GR Gerhard Waldecker (PL) fragte, ob gewährleistet sei, dass der Partnerschaftsverein weiterhin über die bisher zur Verfügung gestellten Mittel verfügen könne, was BGM Schmitt bejahen konnte.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach § 5.1 der Richtlinien an und forderte, dies im Ausschuss nochmals eingehend zu diskutieren.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass es schön sei, dass nach den mageren Zeiten wieder etwas Geld in der Gemeindekasse ist und den Vereinen zu Gute kommen kann. Die Erhöhung der Zuschüsse sei ein Anreiz, die Aktivitäten im Sinne der Partnerschaft zu beleben. Bei der TSG Eintracht müsse man in den nächsten 2 bis 3 Jahren, im Zuge der Neugestaltung der Sportstätten, nochmals neu verhandeln. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass er sich voll inhaltlich seiner Vorrednerin anschließen könne. Man wisse, was man an den Vereinen habe. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass man hinsichtlich der Änderung für den Partnerschaftsverein voll inhaltlich zustimmen könne. Sie wies auf § 5 Absatz 2 hin und sagte, dass man das Wort „beraten“ durch „vorberaten“ ersetzen müsse, entsprechend dem Wortlaut der GemO. Im § 5 Absatz 1 sollte die Sanierung enthalten sein. Sie gab die Ablehnung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP, wollte aber § 5 Absatz 1 nochmal im Ausschuss zur Beratung haben.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass es natürlich einige Probleme mit den Richtlinien gäbe. Unter § 3 würden einige Hürden aufgebaut und exzessive Einschränkungen festgelegt. Es sei unverantwortlich, dies so zu machen. Es gefalle ihm auch nicht die Monopolisierung beim Partnerschaftsausschuss. Man solle das Ganze nochmals im Ausschuss behandeln und keinen Beschluss fassen.

GR Silke Layer sagte, dass sich am Wortlaut der Richtlinien seit 2011 überhaupt nichts geändert habe. Nun werden plötzlich Dinge moniert, die schon lange so getragen werden.

Nach der Abstimmung forderte GR Hohl (ALP) nochmals per Akklamation abzustimmen, weil er die Auffassung vertrat, dass so ein anderes Ergebnis erzielt würde. Die durchgeführte Abstimmung per Akklamation bestätigte die Vermutung Hohls nicht und zeigte vielmehr dasselbe Abstimmungsergebnis.

Mehrheitlich angenommen mit 12 Ja-Stimmen von CDU, PL, GLP und BGM, bei 4 Gegenstimmen von SPD und ALP.

## **TOP Ö4**

### **Sanierung der Duschbereiche in der Turnhalle Friedrichschule**

#### **- Auftragsvergabe Sanitärinstallationsarbeiten**

Die Duschen in den Umkleidebereichen im Obergeschoss der Turnhalle Friedrichschule sind in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Die Leitungsnetze sowie die Wand- und Bodenbeläge in den Duschen sind überwiegend noch aus dem Errichtungsjahr 1968 und mehrmals schon mussten aufgrund von Innenkorrosion Reparaturen am Netz in den unterschiedlich-

ten Stockwerken durchgeführt werden. Es ist daher geplant, die vorhandenen Wasser-Versorgungsleitungen zwischen Keller und Duschbereich komplett zu erneuern. Die alten Reihen-Waschbeckenanlagen in den Duschräumen werden aus Platzgründen entfernt, der Duschbereich durch Spritzschutzwände abgeteilt und in den dann entstehenden Vorräumen 2 neue Waschbecken montiert. Die Toilettenräume werden vergrößert und die im Durchgangsflur sitzenden Handwaschbecken in die vergrößerten Räume integriert. Boden- und Wandfliesen werden erneuert. Da die beiden Warmwasserbereiter bereits über 25 Jahre alt sind ist im Zusammenhang mit der geplanten Maßnahme ein Austausch vorgesehen.

Die Sanitärarbeiten wurden beschränkt ausgeschrieben. 6 Firmen wurden zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Submissionstermin am 27. März lagen 3 Angebote vor. Nach rechnerischer Prüfung ist Fa. Morsch aus Eppelheim mit einer Angebotssumme in Höhe von 118.714,60 € der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Fa. Morsch ist aus verschiedenen Projekten als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Die Fliesenarbeiten für einen Duschbereich im Auftragswert von ca. 12.500 € wurden bereits im vergangenen Jahr ausgeschrieben und beauftragt da ursprünglich geplant war, den 1. Bauabschnitt bereits 2014 durchzuführen. Dies konnte allerdings aufgrund der Verflechtung des Leitungsnetzes bei der Wasserversorgung nicht umgesetzt werden. Nach der Zusage des Fliesenlegers, die Preise auch 2015 zu halten, wurde der Vertrag aus Kostengründen nicht gekündigt.

GR Andreas Wolf (CDU) fragte, was in diesem Jahr noch alles an Maßnahmen für diese Halle geplant sei? BAL Boxheimer sagte, dass nur diese Maßnahme vorgesehen ist. Wolf fragte, wer im vergangenen Jahr mit den Fliesenarbeiten beauftragt war? BAL Boxheimer sagte, dass es die F. Eichler war. Wolf gab die Zustimmung der CDU.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass es keine Frage sei, dass die Anlagen erneuert werden müssen. Sie fragte, ob es Zuschüsse vom Land gäbe? BGM Schmitt sagte, dass es für die Außensanie- rung der Halle Zuschüsse gab, für diese Maßnahme allerdings nicht. Layer gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte, ob nur die Duschen in der Turnhalle erneuert würden, was von BAL Boxheimer bejaht wurde. Schüller fragte, aus welchem Grund die Duschen in der Schwimmhalle erst später erneuert würden? BGM Schmitt sagte, dass es keine Einzelmaß- nahmen mehr bei der Schwimmhalle gibt, hier muss eine Grundsatzentscheidung getroffen werden. Schüller gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass man nichts mehr machen wolle, weil man sich mit der Maßnahme trage, die Schwimmhalle zu schließen. Das solle mit einem Bürgerentscheid ge- klärt werden. Er gab die Zustimmung der ALP.

Einstimmig angenommen.

## **TOP Ö 5**

### **Kreisverkehrsplätze Mitte und West**

#### **- Weitere Planungsbeauftragung**

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten am 09.02.2015 wurden die Vorentwürfe des Ingenieurbüros Pöyry Deutschland zur Umgestaltung der Kreuzungen Schwetzinger Straße / Ladenburger Straße/ Eppelheimer Straße / Eisenbahnstraße (Mitte) sowie Schwetzinger Straße / Schönauer Straße / Schubertstraße (West) zu Kreisver- kehrsplätzen vorgestellt.

Bei der Straßenkreuzung „Mitte“ könnte demnach ein Kreisverkehrsplatz mit einem Außen- durchmesser von 24 m entstehen. Die Funktionalität der Fahrtbeziehungen wurde anhand

von Schleppkurven überprüft. Eine Befahrbarkeit des Kreisverkehrsplatzes mit Müllfahrzeugen und Bussen konnte für alle möglichen Fahrtbeziehungen nachgewiesen werden.

Die Hinweise der Ausschussmitglieder zu den Abbiegeradien und zur Dimensionierung der Fahrbahnteiler werden bei der Entwurfsplanung untersucht und entsprechende Lösungen erarbeitet, die dann wieder im Ausschuss vorgestellt und diskutiert werden. Das Ingenieurbüro hat nun ein Honorarangebot über die Entwurfs- und die Ausführungsplanung (Leistungsphasen 3 und 5) vorgelegt. Ausgehend von einer Nettokostenschätzung für beide Kreisverkehrsplätze in Höhe von ca. 560.000 EUR (ohne Erneuerung der Leitungsinfrastruktur im Baubereich) würde sich ein Bruttohonorar in Höhe von 30.079,83 EUR ergeben.

Nach Auftragserteilung können die Planungen für beide Projekte bis Ende 2015 zur Ausführungsreife vorangetrieben werden, so dass danach umgehend der Einstieg in die Ausschreibungs- und Vergabephase möglich wäre. Als weitere Ingenieurleistungen sind dann die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe sowie die Bauleitung zu beauftragen. Der Baubeginn für den Kreisverkehrsplatz „Mitte“ könnte im Jahr 2016 erfolgen. Aufgrund der Lage im Sanierungsgebiet „Ortsmitte“ könnten hierfür Sanierungsmittel beantragt werden. Der Umbau der Kreuzung am Caritas-Altenzentrum ist vom Baufortschritt des anstehenden Wohnungsbauprojekts der Firma Dombrowski Massivhaus GmbH abhängig.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass man sich ausführlich mit dem Thema befasst habe. Man solle den Kreisel in der Ladenburger Straße zurückstellen; hier gäbe es noch Gesprächsbedarf bezüglich der Themen Schulwegsicherheit und der Kosten, die zu hoch erscheinen. Er stellte den Antrag den TOP in den Ausschuss zu verweisen.

BAL Boxheimer sagte, dass man die Kritikpunkte zu Papier bringen solle, damit man sie im Ausschuss gezielt beraten könne.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass man froh sei, dass der Unfallschwerpunkt „Schönauer Straße“ entschärft werde. Sie könne die von GR Berger (CDU) geäußerten Bedenken nicht teilen, sondern sehe eher eine Verbesserung im Geschwindigkeitsverhalten der Verkehrsteilnehmer. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man ein Problem mit den Schulwegen habe und dass dieses Problem aktuell nicht gelöst sei. Man unterstütze den Vorschlag der CDU, nochmals im Ausschuss zu beraten.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass der Kreisel die Geschwindigkeit reduzieren könne und gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass der Kreisverkehrsplatz an der Kreuzgasse völlig überflüssig sei. Man müsse über die Geschichte der Kreuzgasse nachdenken. Es bestehe hier keine Notwendigkeit. Beim Caritas verhalte es sich anders. Er gab die Ablehnung der ALP.

Nach der Abstimmung erkundigte sich GR Ulrike Breitenbücher nach den jährlichen Kosten einer Ampelanlage. BGM Schmitt sagte, dass diese zwischen 3 und 5 T€ lägen.

Vertagt und zur Beratung in den UTB verwiesen.

## **TOP Ö6**

### **Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 09.03.2015 gefassten Beschlüsse**

#### **TOP NÖ 1**

##### **Grundstücke Adler-Areal**

##### **Städtebauliche Vorgaben für eine Wohnbebauung**

Mehrheitlich angenommen.

Plankstadt, 4. Mai 2015  
gez. Schmitt  
Bürgermeister

Aushang am: 14. April 2015  
Abnahme am: 17. April 2015